

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Hudak, Prochazka, Leukert,
Gierenstein und Genossen**

betr. Familienzusammenführung aus Rumänien

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Gründe die rückläufige Tendenz in der Familienzusammenführung aus Rumänien bewirkt haben?
2. Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, daß in nächster Zeit wenigstens die rd. 8 000 Dringlichkeitsfälle — d. h. die seit 25 Jahren getrennt lebenden Ehegatten, Eltern und Kinder — einer positiven Erledigung zugeführt werden können?
3. Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit einer Unterstützung des Memorandums der „Vereinigung der deutschen Aussiedler aus Rumänien“, das dieselbe der Kommission für Menschenrechte bei der UNO im Dezember 1968 unterbreitet hat?
4. Wann kann mit einer Lösung der Frage der Familienzusammenführung gerechnet werden, nachdem die Bundesregierung wiederholt erklärt hat, daß dieses Problem „zu gegebener Zeit“ mit der rumänischen Regierung besprochen werden wird, zumal es sich nach der 19. Resolution der 20. Rotkreuzkonferenz von Wien 1965 ausschließlich um eine humanitäre Angelegenheit handelt?
5. Wann hat die Bundesregierung in Gesprächen mit der rumänischen Regierung das vorstehende Problem angesprochen und welche Antworten wurden ihr darauf erteilt?

Bonn, den 6. Mai 1969

Unterschriften umseitig

Dr. Hudak
Prochazka
Leukert
Gierenstein
Bauer (Würzburg)
Prinz von Bayern
Dr. Becher (Pullach)
Dr. Besold
Brese
Bühler
Erhard (Bad Schwalbach)
Geisenhofer
Dr. Giuliani
Dr. Gleissner
Dr. Jahn (Braunschweig)
Frau Klee
Krug
Kuntscher
Dr. Marx (Kaiserslautern)
Mommel
Müller (Berlin)
Ott
Frau Pieser
Rainer
Rock
Stiller
Frau Stommel
Ziegler
Dr. Zimmermann